



An
besonderen Verteiler

Anschrift: Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

E-Mail: buero@stefankaemmerling.de

Düsseldorf, 13.07.2023

PRESSEMITTEILUNG

Stefan Kämmerling befragt die Landesregierung und macht Druck beim Hochwasserschutz in Eschweiler und Stolberg.

Die Politik in Eschweiler und Stolberg sowie die beiden Bürgermeister Nadine Leonhardt und Patrick Haas (beide SPD) hatten jüngst ihrerseits den Druck auf den Wasserverband Eifel-Rur erhöht, mehr für den Hochwasserschutz beider Städte zu tun.

Stefan Kämmerling, der in der vergangenen Legislaturperiode Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe im Landtag NRW war und sich massiv für Verbesserungen des Hochwasserschutzes eingesetzt hat, wendet sich nun erneut an die Landesregierung und erhöht seinerseits ebenfalls den Druck!

In einer Kleinen Anfrage genau zwei Jahre nach der Flut bezieht sich Kämmerling auf die verheerende Hochwasserkatastrophe aus Juli 2021 und will von der Landesregierung unter anderem wissen, wie sich ganz konkret der aktuelle Hochwasserschutz der Städte Eschweiler und Stolberg im Juli 2023 je nach Hochwasserereignis im Vergleich zu Juli 2021 darstellt. Weiterhin fragt er, wie sich die Landesregierung in beiden Städten zum Schutz der Bevölkerung einbringen wird und welche Maßnahmen die Landesregierung ganz konkret zur Verbesserung des Hochwasserschutzes entlang von Inde und Vicht unterstützt. Schließlich möchte Kämmerling auch wissen, wie die Landesregierung die aktuell bereits umgesetzten Maßnahmen des WVER zum Schutz der Bevölkerung Eschweilers und Stolbergs vor Hochwasserereignissen bewertet.

Stefan Kämmerling sagt dazu: *„Die Sorgen in der Bevölkerung vor einem erneuten Hochwasser sind nach wie vor groß! Es ist seit der Flut zu wenig passiert, was den Menschen das Gefühl gibt, heute besser geschützt zu sein, als im Juli 2021. Es muss jetzt schneller gehen mit Schutzmaßnahmen und es muss sich sichtbar etwas verbessern, das sowohl den Hochwasserschutz optimiert, als auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger steigert.“*
